

zur Annahme der Reichsverfassung zu zwingen, unter Preußens Auspicien geschehen? Nur eine allgemeine Anarchie würde die Folge gewesen sein.

Nicht der Glanz durfte hier entscheiden. Es handelte sich hier um einen Akt, den man je nach dem Erfolge als einen großen Staatsakt, oder als Ehr- und Pflicht-vergessenen Machiavellismus bezeichnet haben würde. (Bravo.) Der preussischen Regierung blieb hier nur der Weg der Pflicht. Sie erließ die bekannte Circularnote, eine gerechte und besonnene Erklärung, in der sie alle deutschen Regierungen zu einer Verständigung einlud. Sie hat darüber heftige Anfechtungen von 2 verschiedenen Seiten erfahren. Man verlangte einerseits, daß Preußen einfach den Willen der Nationalversammlung zu vollziehen habe. Andererseits muthete man der Regierung zu, daß sie auch das ganze Ziel verwerfen solle, welches die Nationalversammlung erstrebt. Es wäre dies die Rückkehr zum alten deutschen Bunde gewesen.

Es ist nicht zu übersehen, daß mannigfache Gründe für diesen letzten Weg vorhanden waren. Der Gründung eines Bundesstaates standen unverkennbare Schwierigkeiten von Seiten Oesterreichs entgegen. Es war eine Einmischung des Auslandes zu befürchten. In den deutschen Mittelstaaten ist ein großer Widerwille gegen jede Art der Aufopferung von Souveränitätsrechten vorhanden. Ja, es besteht in Preußen selbst eine Partei, welche in einer deutschen Verfassung eine Schwächung Preußens, ein Zugeständniß an die Revolution erblickt, welche verlangt, Preußen solle sich auf auswärtige Allianzen stützen, statt auf die nationale Gemeinschaft. Freilich mußte die Bundesakte erhebliche Modifikationen erfahren, aber doch würde der Grundcharakter eines Staatenbundes bleiben, eines völkerrechtlichen Vereins souveräner Staaten. Einen wesentlichen Unterschied begründet hierin die Zuziehung von Repräsentanten nicht. Das Wesentliche ist, daß im Bundesstaat eine Centralgewalt besteht, welche die Oberhoheit über die einzelnen Glieder ausübt, im Staatenbunde nur ein Gesellschaftsvorstand, dessen Beschlüsse nur so weit verbindlich sind, als jeder Staat sie zur Geltung bringen will. Widersteht sich ein einzelnes Glied im Bundesstaate, so begeht es Rebellion, während es im Staatenbunde nur einen Vertrag verlegt.

Dennoch hat die Regierung nicht den scheinbar leichtern Weg gewählt, sie konnte es nicht, weil dieser Weg ungerecht und unweise ist (Bravo) — ungerecht, weil er gegen die feierlichen Verheißungen an die deutsche Nation ist (lauter Beifall) — unweise, weil er die Revolution verewigen würde (Bravo). Gewiß, man könnte der Revolution keine schärferen Waffen in die Hand geben. Ihr Kampf gegen die Regierungen würde auftreten als ein Kampf für deutsche Einheit. Der nächste Krieg, der so hereinbrechen würde, würde ein Krieg auf Tod und Leben, er würde nicht bloß gegen die Regierungen, sondern gegen die Monarchie überhaupt gerichtet sein.

So blieb nur übrig, das Streben nach einem Bundesstaate festzuhalten. Seine Gründung ist an zwei Bedingungen geknüpft, an die freie Zustimmung der Regierungen und an die freie Annahme durch einen Reichstag. Was ist aber seine wesentliche Form? Vor Allem muß Deutschland nach außen ein Ganzes sein, seine Politik, seine Vertretung muß hier eine einheitliche sein, mit den einzelnen Gliedern als solchen darf das Ausland gar nichts gemein haben. Dies ist eine Lebensbedingung des Bundesstaates — aber auch der Nation selbst. Jeder, der in die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte zurückblickt, wird eher in tiefer Schaam sein Angeßicht verhüllen, als noch weiter eine partikularistische Politik nach außen verlangen. (Bravo.)

Dagegen ist der Selbstständigkeit der Einzelstaaten nach innen ein möglichst freies Gebiet zu lassen. Die Staaten haben nur zu den Zwecken zusammenzuwirken, welche sie allein nicht zu fördern vermögen. Die gemeinsamen Institute gehen nur dahin, allen Staaten die Mittel für diese Zwecke zu bieten. Die ausführende wie die gesetzgebende Gewalt hat die Aufgabe, das Interesse der Gesamtheit mit dem der Einzelstaaten zu vereinigen. Das Parlament besteht daher naturgemäß aus einem Volks- und Staatenhaufe. Daneben bedarf die exekutive Gewalt der Kraft und Einheit, um ihrem Berufe gewachsen zu sein. Hier hilft keine bloße Fiktion, keine bloße Delegation, wie sie dem Projekte eines Direktoriums zum Grunde liegt. Die Centralgewalt muß fähig sein, durch eigene Macht die Mindermächtigen zu schützen. Die Einwendungen gegen die einheitliche Spitze der exekutiven Gewalt sind der Regierung nicht unbekannt geblieben, aber sie wurde dadurch nicht erschüttert in ihren festen Ueberzeugungen. Die Einheit der Exekutive und ein Gesamtparlament — das sind die Hauptsachen; daneben liegt nur der völkerrechtliche Staatenbund.

(Schluß folgt.)

### Deutschland.

**Berlin**, 27. Aug. Die Allgemeine Zeitungs-Korrespondenz schreibt: Die Verfassungs-Kommission, welche, wie wir bereits mit-

getheilt haben, jetzt doppelte Sitzungen hält, ist in ihren Arbeiten fortgeschritten und war gestern bereits bis zum Artikel 21 gelangt. Es dürfte von Interesse sein, die von ihr in der oltroyirten Verfassung vom 5. December beliebten Abänderungen, wenigstens dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt zu erhalten. Wir werden diese Mittheilung fortlaufend so rasch als möglich zu bringen suchen. Eingang, so wie Art. 1 — 3, sind unverändert angenommen. Bei Art. 4 ist der Zusatz gemacht, daß die öffentlichen Aemter unter den von den Gesetzen vorgeschriebenen Bedingungen für alle Befähigten gleich zugänglich sein sollen. Art. 5 ist ziemlich umgewandelt. Der Satz: „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet“ bleibt. Dann heißt es kurzweg: Das Gesetz werde die Formen und Bedingungen der Verhaftung regeln. (Es scheint dies auf die bevorstehende Revision der Habeas-Corpus-Akte vom 24. Sept. zu deuten.) Art. 6 — 9 bleiben, bis auf eine unerhebliche Aenderung in Art. 7. Der Art. 10 garantirt die Freiheit der Auswanderung. Die Kommission will die Möglichkeit einer Beschränkung in Bezug auf die Wehrpflicht offen gehalten wissen. Art. 11 — 17. bleiben unverändert. Art. 18. hat mehrere Fassungs-Aenderungen erhalten, namentlich soll es im Eingange heißen: für die Bildung der Jugend solle durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden, während es jetzt heißt: „der preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet.“ Art. 19. bleibt. Art. 20. hat am Schluß einen kleinen, aber bedeutungsvollen Zusatz erhalten. Es heißt dort: „Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.“ Zusatz hinter „die Rechte“ und Pflichten. Artikel 21 ist ganz verworfen. Er lautet: „Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religions-Gesellschaften.“ Hier macht die Kommission folgende Unterscheidungen. Sie will die Anstellung der Lehrer dem Staat vindiziren, welcher dieselbe unter Betheiligung der Gemeinden aus den dazu Befähigten vornehmen soll. Dagegen soll die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule der Gemeinde vorbehalten bleiben, unter Oberaufsicht des Staats. Endlich in Betreff des Religionsunterrichts in der Volksschule soll den Organen der verschiedenen Religionsgesellschaften ein, durch ein besonderes Unterrichtsgesetz zu regelnder Antheil an der Volksschule zugestanden werden. (Die Fassung ist noch vorbehalten.)

— Dem Vernehmen nach soll das Ober-Präsidium von Westphalen jetzt definitiv besetzt werden, und zwar in der Person des General-Postmeisters v. Schaper. Derselbe war bereits vor seiner Beförderung zum Chef des Post-Departements Ober-Präsident der Provinz und soll, da die Stelle eines General-Postmeisters seit der Unterordnung des gesamten Post- und Eisenbahnwesens unter das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eingegangen und Herr v. Schaper zur Disposition gestellt ist, auch jetzt die Verwaltung dieser Provinz wieder übernehmen.

**Frankfurt a. M.**, 24. August. Der österreichische General Eberle ist von seiner Sendung nach Hamburg hier wieder eingetroffen. Er hat den vom Reichsministerium ihm erteilten Auftrag, die Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe im Namen der provisorischen Centralgewalt von Deutschland zu beedigen, vollzogen. D. A. 3.

**Vom Rhein**, 23. August. Die bairische Regierung hat sämtliche Vereine in der Pfalz ohne Ausnahme mittelst so eben erschienener Bekanntmachung aufgelöst. D. 3.

**Elberfeld**, 24. Aug. Mit innigem Bedauern erfahren wir aus Berlin, daß der ehemalige Direktor der hiesigen Real- und Gewerbeschule, der Geheime Regierungsrath Dr. Egen, am Nervenfieber gestorben ist. Er war ein ausgezeichnete Mann, dem unsere Realschule ihre jetzige Blüthe zum Theil verdankt. E. 3.

**Heidelberg**, 26. August. Ich beile mich, Ihnen folgende so eben an Hrn. Capitain Medwin hieselbst von dem k. k. Oberlieutenant de Crisigny eingetroffene Nachricht über den Fall von Venedig mitzutheilen:

**Verona**, 20. August. So eben von Malghera zurückgekehrt, kann ich Ihnen die erfreuliche Nachricht von der Capitulation von Venedig mittheilen, welches bei Erhaltung dieses Schreibens von österreichischen Truppen schon wieder besetzt sein wird.

**Mannheim**, 22. August. Gestern sind wieder zwei hiesige Bürger vom preussischen Stadtkommandanten zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurtheilt worden, weil sie sogenannte Gekerkhüte getragen haben. D. 3.

**München**. Die „D. const. Ztg.“ schreibt: Wir freuen uns, die Mittheilung machen zu können, daß der Münchener Me-